

Stand: 17.06.2026 06:52:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11629

"Für einen starken Arbeitsmarkt IV: Dem digitalen Wandel begegnen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11629 vom 21.04.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/12386 des SO vom 07.05.2026



Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Bernhard Seidenath, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Für einen starken Arbeitsmarkt IV: Dem digitalen Wandel begegnen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die bisherigen Maßnahmen und Erfolge der Staatsregierung bei der Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Zuge des digitalen Wandels, insbesondere durch den Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 und das Projekt Arbeit 4.0.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich sowie mündlich im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zu berichten,

- wie die aktuellen Auswirkungen von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz (KI) auf den bayerischen Arbeitsmarkt bewertet werden,
- welche konkreten Herausforderungen sich insbesondere in personenbezogenen, sozialen und pflegerischen Berufen sowie im verarbeitenden Gewerbe ergeben,
- inwiefern die bestehenden Programme diesen Herausforderungen bereits Rechnung tragen.

Vor diesem Hintergrund und um künftigen Herausforderungen proaktiv zu begegnen, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bestehende und zukünftige Förderprogramme zur arbeitsmarktpolitischen Qualifizierung, zur digitalen Weiterbildung sowie zur Begleitung des Strukturwandels ausreichend ausgestattet und gezielt auf die spezifischen Herausforderungen in den Ländern – insbesondere auch im Bereich der sozialen und nicht substituierbaren Berufe – zugeschnitten werden.

Begründung:

Der digitale und technologische Wandel verändert den Arbeitsmarkt in Bayern nachhaltig. Während in sozialen, pflegerischen und erzieherischen Berufen bereits heute ein hoher Personalbedarf besteht und eine Automatisierung dieser Tätigkeiten kaum möglich ist, sehen sich Beschäftigte in industriellen und gewerblichen Bereichen mit tiefgreifenden Umwälzungen durch Digitalisierung und KI konfrontiert.

Die bisherigen Initiativen der Staatsregierung – etwa der Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 oder das Projekt Arbeit 4.0 – leisten hierzu bereits wertvolle Beiträge. Sie fördern Weiterbildungsbereitschaft und schaffen gezielte Qualifizierungsangebote. Angesichts der dynamischen Entwicklung digitaler Technologien und neuer Anforderungen im Berufsleben ist es jedoch sinnvoll zu evaluieren, ob bestehende Maßnahmen flächendeckend greifen und ob es weitergehenden Bedarf gibt, bestehende Strukturen auszubauen oder gezielt zu ergänzen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback,
Bernhard Seidenath u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 19/11629

Für einen starken Arbeitsmarkt IV: Dem digitalen Wandel begegnen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Josef Heisl**
Mitberichterstatterin: **Eva Lettenbauer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 7. Mai 2026 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende